

**Dringliche Anfrage**

Fraktion DIE LINKE

Hannover, den 19.03.2012

**Verweigert die Landesregierung die Mitwirkung an der Aufklärung der neonazistischen Terrorserie?**

Nach übereinstimmenden Berichten hat Innenminister Uwe Schünemann bisher abgelehnt, dem Parlamentarischen Untersuchungsausschuss des Deutschen Bundestages zur Aufklärung der neonazistischen Terrorserie Akten und Informationen niedersächsischer Sicherheitsbehörden zur Verfügung zu stellen. Angesichts der Tatsache, dass mit Holger Gerlach einer der mutmaßlichen Unterstützer der neonazistischen Terrorzelle in Niedersachsen gelebt hat und auch hier festgenommen wurde und zudem auch weitere Spuren nach Niedersachsen führen, ist für Beobachter und für Mitglieder des Untersuchungsausschusses diese Verweigerungshaltung nicht nachzuvollziehen.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie wird die Landesregierung auf die vom 2. Parlamentarischen Untersuchungsausschuss des Bundestages gestellten Beweisanträge zu den Aktenbeständen aus Niedersachsen bezüglich der Nazimordserie durch den NSU reagieren, und wie begründet die Landesregierung ihre Position?
2. Welchen Beitrag gedenkt die Landesregierung zu den Aufklärungsbemühungen des Bundestages hinsichtlich der Hintergründe der Terrorserie und des Versagens der Sicherheitsbehörden in Bund und Ländern, beispielweise durch eine Freistellung der durch den Untersuchungsausschuss geladenen Zeugen, konkret zu leisten?
- 3: Mit welchen inhaltlichen und personellen Beiträgen und Positionen beteiligt sich das Land Niedersachsen in der sogenannten Bund-Länder-Kommission zur Aufarbeitung der neonazistischen Terrorserie?

Ursula Weisser-Roelle  
Parlamentarische Geschäftsführerin